

Liebe Ostermarschiererinnen, liebe Ostermarschierer!  
Ich möchte beginnen mit einem Zitat: „Den Frieden der Welt! Nie ist mehr darüber geredet und nie weniger dafür getan worden als in unserer Zeit; nie hat es mehr falsche Propheten gegeben, nie mehr Lügen, nie mehr Tod, nie mehr Zerstörung ... und nie mehr Tränen als in unserem Jahrhundert, dem zwanzigsten, dem des Fortschritts, der Technik, der Zivilisation, der Massenkultur und des Massenmordens.“ So beginnt ein Roman von Erich Maria Remarque, der geprägt war vom Grauen des ersten Weltkrieges.

Haben die Menschen in Deutschland denn nichts gelernt aus den Weltkriegen? Die Menschen offenkundig schon. Denn die Umfragen besagen, dass etwa 70% der Bundesbürger den Kriegseinsatz in Afghanistan ablehnen. Aber der Bundestag stimmte am 25.3.2011 erneut – zum 12. Mal – für eine Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes durch AWACS. Abgesehen davon, dass es pervers ist, vorzugeben, eine Demokratie schaffen zu wollen und gleichzeitig einen Polizeistaat / ein Militärregime zu errichten. Das Ziel ist es, in dieser geostrategisch wichtigen Region ein dem Westen höriges Protektorat wie im Kosovo oder im Irak zu errichten.

Das Versprechen eines baldigen Abzugs ist und bleibt Schwindel. Übrigens berichtete das Hamburger Abendblatt vor einigen Tagen, der Vorsitzende der Tepco, der Betreibergesellschaft des Katastrophenreaktors in Fukushima, hätte einen Schwindelanfall erlitten. Die Tepco hat das japanische Volk systematisch jahrelang über die Risiken der Atomkraftwerke belogen, das war kein Schwindelanfall, das war chronischer Schwindel.

Die Bundesrepublik gibt in diesem Jahr 31,6 Milliarden Euro für das Militär aus, nach SIPRI-Kriterien sind es noch 50% mehr. Der Militärhaushalt ist sechsmal so hoch wie der Etat „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ und 20 mal so groß wie der Haushalt für „Umwelt und Reaktorsicherheit“. Die Bundesrepublik schickt ihre Bundeswehrsoldaten mittlerweile in neun Ländern in den Krieg. Die BRD ist damit der drittgrößte Truppen-Entsender der Welt.

Wenn es um die Erhöhung der Renten oder der Hartz IV-Sätze geht, ist angeblich kein Geld da. Die Renten werden nach einer Nullrunde im Vorjahr jetzt zum 1.7. um üppige 1% erhöht, das bedeutet angesichts Preiserhöhungen und Sozialabbau einen realen Rentenverlust von 8,3% seit 2004, d. h. den Verlust einer kompletten Monatsrente. Wenn Sozialleistungen gekürzt, wenn Bücherhallen und Museen geschlossen werden, liegt das an angeblich fehlenden staatlichen Mitteln – aber für Krieg in aller Welt und Rüstungsprojekte ist genug Geld da. Die deutschen Kosten des Afghanistan-Krieges: 1,059 Mrd. Euro allein im vergangenen Jahr 2010. Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) errechnete die bisherigen Gesamtkosten (incl. Sold, Renten usw.) für den Afghanistan-Krieg bis 2011 in Höhe von mindestens 18 Mrd. Euro.

Für das Projekt Eurofighter gibt die BRD 23 Milliarden Euro aus. Das bedeutet eine direkte Umverteilung unserer Steuergelder in die Taschen der Rüstungskonzerne. Für dasselbe Geld allein aus diesem einen Rüstungspro-

jekt könnte man 216.000 Sozialwohnungen bauen oder 1.780 Berufsbildungszentren. „Jede Kanone, die hergestellt wird, jedes Kriegsschiff, das von Stapel läuft, jede Rakete, die abgefeuert wird, bedeutet eigentlich einen Diebstahl an denen, die hungern und keine Nahrung bekommen, an denen, die frieren und keine Kleidung erhalten.“ (US-Präsident Dwight D. Eisenhower am 16.4.1953)

Und den nächsten Schwindelanfall erteilte den Rüstungsminister, als er das Märchen erzählte, die Bundeswehrreform würde Geld sparen. Die Umwandlung in eine Berufarmee brachte z. B. in Spanien Personalkostensteigerungen von 9%, in Frankreich von 7%. Hier geht es in Wirklichkeit um die Umwandlung der Bundeswehr in eine Armee, die nicht mehr der Landesverteidigung, sondern der Aggression in aller Welt dienen soll, und das kostet Milliarden.

Wir müssen eine gefährliche Entwicklung feststellen: Zunehmende Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Absicherung der Rohstoffe und Verkehrswege, zunehmende Militarisierung im Innern, zunehmende Militarisierung der EU auf Grundlage des Lissaboner Vertrages. Das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates wird geradezu umgekehrt in die Maxime, überall zu jeder Zeit aufgrund von eigenen Interessen zuschlagen zu können.

Auch Hamburg ist ein bedeutender Militär- und Rüstungs-Standort und wichtiger Umschlagsplatz für Rüstungsexporte. Die Forderungen der Friedensbewegung lauten: Keine Rüstungsproduktion in Hamburg! Keine Rüstungsexporte und Atomtransporte über Hamburg! Die Gewerkschaften wären gut beraten, statt Lobby-Arbeit für neue Rüstungsaufträge alle Anstrengungen zu unternehmen, durch Konversion Arbeitsplätze zu sichern. Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ist dann nicht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden, wenn an deren Stelle technologisch ähnlich strukturierte Güter des öffentlichen Bedarfs hergestellt werden, wie diverse Studien beweisen. Dafür gibt es auch hier in Norddeutschland positive Beispiele: Wenn bei Schließung von Bundeswehrstandorten mit staatlicher Unterstützung Wohnsiedlungen, Hochschulen und Gewerbegebiete entstanden, dann war das zum einen eine sinnvoll-friedliche Entwicklung und zum anderen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden.

Umsatz und Profit lassen sich natürlich gewaltig steigern durch Rüstungsexporte. 70% der deutschen Rüstungsproduktion geht ins Ausland. Zu den Verkaufsschlägern zählen Panzer, U-Boote, Flugzeuge, Granatwerfer und Sturmgewehre, jedes zehnte Rüstungsgut auf der Welt kommt aus Deutschland! Den Praxistest für neue Waffen ermöglicht Afghanistan; für jedes neue System wird mit erfolgreichem Einsatz in Afghanistan geworben. So etwas gab es schon einmal in der deutschen Geschichte, als deutsche Waffen vor dem 2. Weltkrieg in Spanien an der Seite der Faschisten erprobt wurden.

Die Rüstungsindustrie macht permanent Druck für mehr Rüstungsaufträge, denn diese bedeuten sicheren Umsatz und Gewinn. Bei EADS z. B. erbrachte laut Handelsblatt vom 29.3.2011 der zivile Airbus-Bereich in 2010

eine Rendite von 1,0%, der Rüstungsbereich von 7,7% .

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI meldete im März 2011, dass Deutschland seine Rüstungsexporte in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt hat – insgesamt 12,3 Milliarden Dollar – und nun auf Platz drei in der weltweiten Rangliste der Rüstungsexporteure steht. Das ist ja wohl die schändlichste Bronzemedaille, die Deutschland je belegt hat. Und bei den von der Bundesregierung (egal ob rot/grün, schwarz/rot oder schwarz/gelb) genehmigten Rüstungs-Ausfuhrgenehmigungen wird nach und nach jegliche Hemmung fallengelassen zugunsten der „Händler des Todes“, was die Lieferung in Krisengebiete angeht: Afghanistan, Angola, Indien, Pakistan, Türkei, Israel, Saudiarabien, Ägypten, Libyen usw. In Sonntagsreden begrüßt man den „demokratischen Wandel“ – zuvor jedoch hat man keine Skrupel gehabt, als Hoflieferant die Diktatoren aufzurüsten mit allem, was zum Krieg, auch gegen die eigene Bevölkerung, gebraucht wird. Die neue Devise heißt nicht mehr „Brot für die Welt“, sondern „Tod für die Welt“! Und das Handelsblatt berichtete im März: „Die Bundesregierung arbeitet derzeit an mehreren Vorhaben, die die Ausfuhr von Rüstungsgütern erleichtern werden. ... Deutsche Rüstungskonzerne dürfen auf steigende Gewinne aus Exporten hoffen.“ „Unsere Freiheit wird am Hindukush verteidigt“ und „Atomkraftwerke sind sicher“, das sind die dreisten Lügenmärchen, um die Bevölkerung zu verdummen und um weiterhin wirtschaftliche Macht zu erhalten und Höchstprofite abzusichern.

Für die Brennstoffversorgung der Atomkraftwerke und die Aufarbeitung ihres radioaktiven Abfalls sind weltweit Anlagen in Betrieb, in denen auch Atomsprengköpfe erzeugt werden können. Länder, die AKW-Technik beherrschen, sind mögliche Atomwaffenmächte. Der Export von AKW-Technologie verhindert die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die Ostermarschbewegung hat seit ihrem Entstehen vor über 50 Jahren eine zentrale Forderung: „Kampf dem Atomtod“, also: „Atomwaffen abschaffen!“ Und dazu gehört natürlich auch: „Atomkraftwerke abschalten“!

Wenn Eigentum missbraucht wird, um Völker mit Krieg zu überziehen, um Völker unter die Geißel atomarer Verseuchung zu stellen, dann gehört dieses Eigentum

abgeschafft bei demokratischer Kontrolle und Entscheidung durch die Bevölkerung. Die Privatisierung gehört abgeschaltet! Das Gemeinwohl, die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur gehören in öffentliche Hand und nicht unter die Fuchtel der Profitinteressen.

Gewerkschaften und Friedensbewegung dürfen eines nicht aus den Augen verlieren: Die Weltwirtschaftskrise 1929 endete im zweiten Weltkrieg; auf dem Nährboden wirtschaftlicher Not wuchsen Nationalismus, Rassismus und die Kriegsbereitschaft zur Erreichung faschistischer Ziele. Jetzt haben wir die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929. Der Neoliberalismus mit seiner menschenverachtenden Losung „Der Markt wird es schon richten“ hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Aber: Die Politik des Neoliberalismus herrscht nach wie vor, die Verantwortlichen für die Krise sitzen weiterhin am Ruder der Macht. Und die Spekulation geht munter weiter: Jetzt sind es nicht mehr die Immobilien, sondern nun geht es um Rohstoffe, Nahrungsmittel und Währungen. Zur Absicherung von Sozialabbau, Atomwirtschaft, Aufrüstung und Kriegspolitik wird der Überwachungsstaat weiter ausgebaut, werden demokratische Rechte eingeschränkt und die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern ausgeweitet. Die 2006 neu geordnete zivil-militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr mit örtlichen Behörden bereitet solche Einsätze vor. Die Bundeswehr wirkt als Ordnungsmacht bei Sportereignissen (Fußball-WM 2006), beim Papstbesuch, bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder bei Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm; es geht auch darum, die Bevölkerung an ihren Aufmarsch im Inneren zu gewöhnen – so wie man es seit 1990 systematisch praktiziert hat bei Bundeswehreinmärschen im Ausland.

Aber: Die Menschen sehnen sich nach sozialer Sicherheit, nach einer Zukunft ohne Atomwaffen und Atomkraftwerke, nach friedlichem Zusammenleben und friedlicher Beilegung von Konflikten. Eine andere Welt ist notwendig und machbar. Thomas Mann hat einmal geschrieben: „Der Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens!“.

Daher: Schluss mit dieser Drückebergerei, lasst uns weiter energisch streiten für den Frieden!